

Joachim Bischoff

**Zukunft des
Finanzmarkt-
Kapitalismus**



Strukturen, Widersprüche, Alternativen

Joachim Bischoff
Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus

Joachim Bischoff ist Ökonom, Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus, Autor von Büchern zu den Themen Kritik der politischen Ökonomie, Kapitalismustheorie, Krisenanalyse und Klassenverhältnisse. Er lebt in Hamburg. Letzte Buchveröffentlichungen: Entfesselter Kapitalismus. Transformation des europäischen Sozialmodells, Hamburg, VSA, 2003; (zusammen mit Jörg Huffschmid, Harry Nick, Norbert Reuter, Klaus Steinitz, Karl Georg Zinn): In der Stagnationsfalle. Perspektiven kapitalistischer Entwicklung, Hamburg, VSA, 2006.

Joachim Bischoff

Zukunft des Finanzmarkt- Kapitalismus

Strukturen, Widersprüche, Alternativen

VSA-Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2006, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 10: 3-89965-184-7
ISBN 13: 978-3-89965-184-3

Inhalt

Herausforderung vagabundierendes Kapital? 7

Kapitel 1

Imperative des Finanzkapitals 18

Die Herrschaft der Kapitalfonds und Vermögensverwalter 18/Beschleunigte Akkumulation des Geld- und Leihkapitals 20/Globale Trends 29/Geldvermögen in Deutschland 32/Machtverschiebung 38

Kapitel 2

Alptraum Stagnation 46

Realakkumulation und Akkumulation von Eigentumstiteln 50/Übergang in eine lange Welle des Aufschwungs oder Lohndynamik für eine Expansion der Binnenökonomie? 59

Kapitel 3

Akkumulationsregime und neue Betriebsweise des Kapitals 67

Ein neue »innere Landnahme«? 72/Gesellschaftliche Betriebsweise 74/Große Industrie 76/Fordismus 78/Krise des Fordismus 80/I & K-Technologie 82/Zum Verhältnis von Markt und Unternehmen 86/Indirekte Steuerung und Selbstorganisation 88/Ambivalenzen des Alltagsbewusstseins 95/Zusammenfassung 97

Kapitel 4

Vom Unternehmer zum organisierten Shareholder 100

Dynamischer Wandel und Mehltau 102/Machtwahn einer mittelmäßigen Führungselite? 106/Mythos Leistungsgesellschaft 109/Machtverhältnisse im Unternehmen 111/Kapitalgesellschaften und Familienunternehmen 114/Kapitalgesellschaften und Familienunternehmen in Deutschland 115/Elite in Deutschland 117/Ende der Meritokratie 119/Konsequenzen des vermögensgetriebenen Kapitalismus 121/Krise der Institutionen und Korporatismus 125/Neoliberale Utopie: Gesellschaft der Eigentümer 130

Kapitel 5	
Vermögensgetriebene Ökonomie	132
Theorie der vermögensgetriebenen Ökonomie 134/Japan: Krise der vermögensgetriebenen Akkumulation 137/Die USA als Prototyp einer »asset-based, wealth-driven economy« 141/Licht und Schatten der US-Ökonomie 146/Das Hegemonieproblem 149/Deregulierung 151/Grundproblem der vermögensgetriebenen Akkumulation 159	
Kapitel 6	
Vermögensgetriebene Akkumulation und Staat	163
Transformation des Nationalstaates 164/Sozialstaat 168/Sozialstaatliche Transfers 173/Vom Lohnsteuerstaat zum Marktstaat 175/Privatisierung und chronische Überakkumulation 179/Krise der Demokratie und der politischen Repräsentation 183/Entfesselung des Kapitalismus und »Neue Mitte« 186	
Kapitel 7	
Ideologie des Neoliberalismus	189
Was ist Neoliberalismus? 190/Politik der Vermögensbesitzer 193/Entfesselter Kapitalismus 195/Allparteien-Phänomen 196/Neoliberalismus und ökonomische Theorie 200	
Kapitel 8	
Alternative: eine demokratisierte und gesteuerte Ökonomie	205
Scheitern neoliberaler Politik 207/Verstaatlichung oder Steuerung? 210/ Subjekt und Macht im Neoliberalismus 217/Krise neoliberaler Gouvernamentalität 219/Alternativen und sozialistische Gouvernamentalität 222/Mit Übergangsforderungen aus der Defensive 226	
Literatur	232

Herausforderung vagabundierendes Kapital?

»Die globalen Finanzmärkte gelten heute – da sind sich Befürworter wie Kritiker einig – als diejenige Instanz, die die Entwicklungsrichtung kapitalistischer Ökonomie und der mit ihnen verwobenen Gesellschaften am nachdrücklichsten bestimmt.« (Kädtler 2005: 31) Hat sich mit den Fonds (Pensions-, Investment-, Hedge-, Privat-Equity-Fonds), die in den letzten Jahren gewaltig an Macht gewonnen haben, eine neue Qualität des Kapitalismus herausgebildet? Das Bild von den »Heuschrecken«, die sich die bestehenden Reichtumsprozesse unterordnen und nach deren Zerstörung weiterziehen, ist zwar populär, klärt aber über die Zusammenhänge nicht auf. Gleichmaßen greift die These von der ungeheuren Masse des um den Globus vagabundierenden Kapitals nicht über eine begriffslose Oberflächenvorstellung hinaus. Umgekehrt kann die Versicherung, dass im Vergleich mit anderen kapitalistischen Metropolen »der Einfluss von Finanzinvestoren in Deutschland gesamtwirtschaftlich gesehen noch relativ gering ist« (Berens u.a. 2005), auch nicht beruhigen. Wir kommen also um eine Auseinandersetzung mit der veränderten Qualität von Finanzinvestitionen nicht herum, wenn wir die Struktur und die Entwicklungstendenzen der modernen kapitalistischen Gesellschaften verstehen wollen.

Die geografische Ausdehnung und die beschleunigte räumliche Verlagerung von Kapital kann nicht bestritten werden; bislang galt allerdings stets die Anforderung, dass die Investitionen und die Vermittlung mit lebendiger Arbeit selbst einen längeren Zeitraum umfassen müssen, bis das angelegte Kapital in der Marktzirkulation wieder verfügbar ist. Ohne Klärung der Veränderungen des produktiven Unterbaus des Verwertungsprozesses wird die neue Qualität des Kapitalismus nicht erfasst werden können. Die wichtigsten Phänomene des Bedeutungszuwachses der Finanzsphäre sind:

- In den letzten Jahrzehnten hat der Umfang von kapitalgedeckten Systemen der Altersversorgung zugenommen, folglich ergibt sich daraus ein Trend zur Expansion entsprechender Anlageformen und eine erhöhte Bedeutung entsprechender Vermögensverwalter.
- Unstrittig ist weiterhin, dass es in den letzten Jahrzehnten einen erheblichen Anstieg der verschiedenen Formen des Vermögens gegeben hat; als Beispiel sei auf die Ausweitung des Nettovermögens der privaten Haushalte in den USA verwiesen, das von 2001 bis 2005 – trotz des Zusammenbruchs der so genannten New Economy – um gut 25% zugenommen hat (vgl. Meier 2005: 13).

- Diese Expansion von Anbietern und Nachfragern nach Finanz- und Vermögenstiteln aller Art hat der Finanzindustrie insgesamt eine beträchtliche Konjunktur beschert; Vermögensverwalter, Fonds und Finanzmärkte markieren die expansiven Bereiche der modernen kapitalistischen Ökonomie.
- Bestandteil dieser beschleunigten Geldkapital- oder Finanzkapitalakkumulation ist die Entwicklung neuartiger Finanzinstrumente, so genannter Derivative; dazu zählen börsengehandelte und nichtbörsengehandelte Swaps, Optionen, Terminkontrakte und Zertifikate. Als Indiz für die Wachstumsdynamik mag eine Zahl dienen: Der Nominalwert aller weltweit nichtbörsengehandelten Derivatkontrakte (ohne Kreditderivate) ist zwischen den Jahren 2000 und 2005 von 95 Billionen auf 285 Billionen Dollar angestiegen (DB 2006: Juli).

Mit der Anerkennung der gewachsenen Bedeutung der Finanzmärkte hört allerdings der Konsens in der Erklärung des modernen Kapitalismus auf. Zugestanden wird noch, dass sich infolge der beschleunigten Akkumulation von Vermögenstiteln und Geldkapital die Machtbeziehung zwischen den Unternehmen und den Akteuren der Finanzmärkte verändert hat. »Auf dieser Ebene lässt sich die neue Konstellation zwischen Finanzmärkten und Unternehmen pointiert so beschreiben, dass die Bewährung auf den Produktmärkten ... zwar noch als notwendige Bedingung der Wirtschaftlichkeit von Unternehmen gilt, verbreitet aber nicht mehr als hinreichend; vielmehr müssen sie weitergehenden Ansprüchen der Finanzmärkte bzw. Finanzanleger genügen, in puncto Corporate governance, in puncto strategischer Ausrichtung (Kernkompetenz) und in puncto einer Mindestverzinsung.« (Kädtler 2005: 31) Die theoretisch-politischen Differenzen setzen an diesem Punkt ein: Haben wir es mit einer veränderten Machtbeziehung zu tun? Beherrschen die Akteure der Finanzmärkte die Unternehmen? Ist diese Veränderung dauerhaft und zwingt sie uns, die bisherigen Vorstellungen von kapitalistischer Ökonomie grundlegend zu korrigieren?

Auch Rudolf Hickel, einer der führenden Ökonomen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum), kommt in seiner Analyse zum heutigen Zustand von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Deutschland auf die milliardenschweren Fonds zu sprechen, »die durch den Einsatz ihres fungiblen Kapitals schnelle Renditesteigerungen anstreben«. (Hickel 2006: 213) Seine These: die weitweit agierenden Fonds der neuen Finanzinvestoren wirken wie Turbos, die die Bewegung der Kapitalmaschine beschleunigen. Zum einen werde die ohnehin stark ausgebildete Konzentration ökonomischer Macht gesteigert; zum zweiten verändere »die wachsende Bedeutung von Spekulationen auf schnell ansteigende Renditen die Ge-

schäftsgrundlage des heutigen Kapitalismus.« (Ebd.: 215) Im Zentrum seiner Analyse steht das »urplötzliche« Auftreten der aggressiven Variante des Finanzkapitals – die Hegefonds. »Die Aktivitäten dieser Fonds, die an der ernsthaften Fortführung von Unternehmen nicht interessiert sind, verletzen einerseits das Regelwerk der Wettbewerbswirtschaft und beschleunigen andererseits die Arbeitslosigkeit... Die Finanzbullen sind eine potentielle Gefahr für das Finanzsystem und belasten durch spekulativ überhöhte Renditeansprüche die Entwicklungschancen der Produktionswirtschaft.« (Ebd.: 226) Die Einschätzung der Risiken ist unstrittig; zustimmen kann man auch vorbehaltlos Hickels politischer Alternative: »Der Politik in Deutschland bliebe auch unter dem Regime der Internationalisierung Spielraum zur Eindämmung dieser konzentrierten Finanzmacht.« (Ebd.: 227) Unterstreichen möchte ich ausdrücklich seine Forderung nach einer Veränderung der Grundstrukturen: »Politische Regulierungen in Deutschland und auf internationaler Ebene sind notwendig, aber nicht hinreichend. Erforderlich ist darüber hinaus der Ausbau der demokratischen Mitbestimmung in den Unternehmen.« (Ebd.: 229) Allerdings vertrete ich vor dem Hintergrund meiner Einschätzung von einer Machtverschiebung durch die Hegemonie des Finanzkapitals die abweichende These, dass die Soziale Marktwirtschaft der von Keynes vertretenen Konzeption eines zielorientiert regulierten Kapitalismus nicht nahe kommt und dass der gegenwärtige Kapitalismus nur durch eine über den Vorschlag von Keynes hinausgehende Regulation gesellschaftlich kontrolliert und gesteuert werden kann.

Die Debatte über die Rolle der Fonds, die Veränderungen des Regelwerkes des Kapitalismus und über Alternativen ist keineswegs auf den engen Kreis von Experten beschränkt. So hat der ehemalige SPD-Chef Franz Müntefering im Jahr 2005 den Einfluss der institutionellen Anleger (Fonds) im Zusammenhang mit der Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm der Partei wie folgt charakterisiert: »Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profithandelns. Denn dadurch geraten einzelne Menschen und die Zukunftsfähigkeit ganzer Unternehmen und Regionen aus dem Blick.« (Müntefering 2005a) Die Handlungsfähigkeit des Staates werde rücksichtslos beschnitten. Seine Schlussfolgerung: »Auf diese Entwicklung müssen wir politisch reagieren: Wo der Nationalstaat an die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten stößt, könnte die Europäische Union und könnten Institutionen der Internationalen Völkergemeinschaft wirkungsvoll handeln.«¹

¹ Zu den damit zugleich angesprochenen Veränderungen im Verhältnis von Ökonomie und Staat siehe ausführlicher Kapitel 6.

Zwei Drittel der Deutschen (66%) – so eine Umfrage Mitte 2005 – hielten die Kritik des damaligen SPD-Vorsitzenden Müntefering an der »Macht des Kapitals« sowie der einseitigen Orientierung der Wirtschaft an Gewinnen zu Lasten von Arbeitsplätzen für berechtigt. Eine deutliche Mehrheit von knapp drei Vierteln (73%) dachte jedoch, dass es der SPD nicht darum geht, eine Debatte über Fehlentwicklungen in der deutschen Wirtschaft anzustoßen, sondern eher darum, die eigenen Wahlchancen zu verbessern. Der Erfolg dieses Manövers wird skeptisch gesehen: Über zwei Drittel der Bundesbürger (68%) glauben nicht, dass die Unternehmerschelte dazu beiträgt, das Ansehen der SPD bei den WählerInnen zu verbessern.

Münteferings »Kapitalismusdebatte« hat eine politisch-strategische Seite. In der Sozialdemokratie und ihrem ideologischen Umfeld hält sich seit der Umsetzung der Agenda 2010 hartnäckig die Auffassung, dass die damit vorgenommenen Eingriffe in die Verhältnisse alternativlos gewesen seien; es sei jedoch versäumt worden, die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der »Reformen« zu vermitteln. Selbstkritisch wird vermerkt, dass die SPD im Gegensatz zu den britischen Sozialdemokraten um Tony Blair (»Dritter Weg«) unvorbereitet ins 21. Jahrhundert gestartet war. Zu ihrer radikalen »Reform«-Politik habe die rot-grüne Regierungskoalition keine Erklärungs- oder Deutungsmuster mitgeliefert. Deshalb sei sowohl die Partei als auch ihre Wählerschaft in eine tiefe Sinnkrise gestürzt worden. Fassungs- und konzeptionslos stehen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern alle Politiker, die wirtschaftliche Effizienz für das Kapital und soziale Gerechtigkeit verknüpft sehen wollen, vor dem Faktum: Die von den Fonds getriebenen Unternehmen schütten die höchsten Gewinne ihrer Geschichte aus und betreiben zugleich radikalen Personalabbau. Selbst Politiker der bürgerlichen Parteien stolpern über die »Verletzung des Regelwerkes des Kapitalismus«: Steuersenkungen für Kapitalunternehmen haben zwar die ausschüttbaren Gewinne erhöht, aber keine Ausweitung der Investitionen und schon gar keine zusätzlichen Arbeitsplätze gebracht. Der irreführenden Metapher von den »Heuschrecken« korrespondiert die unzureichende Selbstkritik hinsichtlich der »Lebenslügen« neoliberaler Politik.

Die als »Globalisierung« charakterisierte neue Qualität der Kapitalakkumulation seit dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verstellt den Blick auf die wirklichen Entwicklungstendenzen. Die eigentliche Veränderung bezieht sich auf eine umfassende Umbruchsituation des Produktionsmodells (Fordismus), das internationale Währungs- und Kreditssystem und eine massive Verschiebung in den Verhältnissen. In der Reaktion auf diese Entwicklungstendenzen bildet sich eine Vorherrschaft der Finanzmärkte und eine beschleunigte Akkumulation des Geldkapitals heraus (Sharehol-

der value). Gleichsam hinter dem Rücken der wirtschaftlichen Elite und der politischen Akteure hat sich der sozial-regulierte Kapitalismus in ein höchst eigenartiges System transformiert. Die regulierte Kapitalakkumulation wurde durch die Erosion der fordistischen Strukturen der Wertschöpfung unterminiert. Durch die Rationalisierung in der industriellen Produktion wurde die für die Herstellung eines Produkts erforderliche Arbeitsmenge drastisch vermindert; zugleich waren die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften nicht in der Lage, mit diesem »Fortschritt« verteilungspolitisch rationell umzugehen; der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamtergebnis der Produktion ging zurück, der Anteil der Gewinne und Vermögenseinkommen stieg entsprechend an; mit dem enormen Wachstum der Eigentums- und Besitztitel entwickelte sich eine umfangreiche Branche von Finanzleuten, Vermögensverwaltern, Maklern etc., die gleichwohl immer größere Schwierigkeiten hatten, die akkumulierten Ersparnisse profitabel anzulegen. Die wachsende Ungleichheit in der Verteilung stellte die erkämpften Systeme sozialer Sicherheit in Frage und machte das Thema sozialer Gerechtigkeit wiederum zu einem gesellschaftlichen Schlüsselthema.

International – so eine Zeit lang die vorherrschende Auffassung – führt die Deregulierung und der Übergang zum freien Kapitalverkehr zu einer optimalen Wirtschaftsentwicklung. Bei liberalem Kapitalverkehr werde das Kapital dort angelegt, wo die Rendite am höchsten sei, und damit über die Produktivitätsentwicklung ein Beitrag zur Nivellierung von Entwicklungsunterschieden geleistet. Eine effiziente Verteilung von Kapital unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Risiken werde möglich, wenn ein weltweiter Finanzraum geschaffen würde. Ausgehend von den kapitalistischen Hauptländern (USA, Großbritannien, Europa) wurde in den 1990er Jahren auch für die Länder der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems eine Politik der Öffnung der Kapital- und Finanzmärkte eingeleitet. »Die große Ernüchterung kam mit der asiatischen Finanzkrise, die im Sommer 1997 als Währungskrise in Thailand begann« (Klär/Sehovic/Steinherr 2006: 462) Die Währungskrise erfasste die Finanzsysteme der asiatischen Tigerstaaten und zwar gerade auch jene, die die günstigeren ökonomischen Fundamentaldaten aufwiesen. Mittlerweile hat daher die Auffassung an Zustimmung gewonnen, die mit Blick auf die Kapitalbewegungen für eine moderate Re-Regulierung eintritt. »Idealerweise reduzieren Kapitalverkehrskontrollen das Krisenpotential, welches von grenzüberschreitenden Kapitalströmen ausgeht, ohne grundsätzlich den Zugriff auf Finanzquellen im Rest der Welt zu verhindern... So herrscht Konsens hinsichtlich der Einschätzung, dass längerfristige Verbindlichkeiten und insbesondere ausländische Direktinvestitionen eine wichtige Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum in Entwick-

lungs- und Schwellenländern darstellen, während kurzfristige Finanzzuflüsse oftmals spekulativen Zwecken dienen.« (Ebd.) Doch selbst wenn die Logik der Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte infolge der internationalen Währungskrisen einen Dämpfer erhalten hat – noch beherrscht die Utopie vom selbstregulierenden Markt in einer Eigentümergesellschaft die wirtschaftlichen und politischen Eliten.

Die Politik der Deregulierung des Kapitalismus ist eine langfristige Tendenz seit Mitte der 1970er Jahre, die sich freilich im letzten Jahrzehnt erheblich beschleunigt hat. Die Mächtigkeit der hinter der »Liberalisierung« stehenden Ideologie kommt dadurch zum Ausdruck, dass selbst Teile von Gewerkschaften und Parteien des linken Spektrums sich an der Umsetzung beteiligten. Die Aufhebung der sozialen Regulierungen und der Übergang zu einem Laisser-faire-Kapitalismus war im entscheidenden Jahrzehnt der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts das Ergebnis des Handelns von Mitte-Links-Parteien: »Gerade die Sozialdemokratie stand in den vergangenen Jahren für aktionärsorientierte Reformen und die Auflösung des organisierten, managerzentrierten Kapitalismus deutschen Typs... In Frankreich erreichten die aktionärsorientierten Reformen ihren Höhepunkt unter der Regierung des Sozialisten Jospin (im Amt 1997 bis 2002). Und das entscheidende italienische Gesetz zur kapitalmarktbezogenen Reform der Unternehmenskontrolle datiert von 1998, wurde von der Mitte-Links-Regierung unter D'Alema (im Amt von 1998 bis 2001) verabschiedet.« (Höpner 2005) Zu Recht fragt Friedhelm Hengsbach mit Blick auf die Politik von Rotgrün: »Wieso hat die rot-grüne Koalition einer solchen Propaganda, die den Sozialstaat zerredet, keinen wirksamen Widerstand entgegengesetzt? Immerhin hat der Sozialstaat Verfassungsrang – mit den Komponenten des Arbeitsrechts, der Tarifautonomie, der Betriebsverfassung und Mitbestimmung sowie der solidarischen Sicherungssysteme und der sozialen Fürsorge.« (Hengsbach 2005: 159) Zugespitzt lautet die These: »Gerade die Sozialdemokratie stand in den vergangenen Jahren für aktionärsorientierte Reformen und die Auflösung des organisierten, managerzentrierten Kapitalismus deutschen Typs.« (Höpner 2005) Die Sozialdemokratie ordnete sich mit dieser Strategie in den europäischen Verbund der »Links«parteien ein, die mit Deregulierung und Privatisierung den Siegeszug des Aktionärs- oder Vermögenskapitalismus in Europa ermöglicht haben (vgl. ausführlicher Bischoff 2005).

Die Schlussfolgerung aus der Konstellation von Finanzialisierung der kapitalistischen Ökonomie, harten Verteilungskonflikten und beträchtlichem Unbehagen eines Großteils der Bevölkerung: Die Sozialdemokratie müsse den Raubtier- oder Heuschreckenkapitalismus zähmen. Es gehe darum, »in

der globalisierten Wirtschaft die Rechte derer zu schützen, die hilflos sind, wenn anonyme Aktionäre ihnen die Arbeitsplätze zerstören. Wir müssen denjenigen Unternehmern, die die Zukunftsfähigkeit ihrer Unternehmen und Interessen ihrer Arbeitnehmer im Blick haben, helfen, gegen die verantwortungslosen Heuschreckenschwärme, die im Vierteljahrestakt Erfolg messen, Substanz absaugen und Unternehmen kaputtgehen lassen, wenn sie sie abgefressen haben. Kapitalismus ist keine Sache aus dem Museum, sondern brandaktuell.« (Müntefering 2005b: 18)

Konzeptionsloser kann eine politische Kraft nicht agieren: Einerseits wird mit Deregulierung und Privatisierung die Utopie des sich selbstregulierenden Kapitalismus vorangetrieben, andererseits wird in der Programmdiskussion eine Begrenzung der Kapitalfonds eingefordert, für deren Machtentfaltung man gerade grünes Licht gegeben hatte.

Die Zeitdiagnose des damaligen SPD-Vorsitzenden war kein politisches Versehen. Und dennoch: »Die Aufregung, die die Enthüllung hervorrief, war beispiellos. Das K-Wort, das jahrzehntelang nur den Mitgliedern linker Lesezirkel geläufig war, prangte auf einmal auf den Titelseiten sämtlicher Zeitungen... Wer hätte gedacht, hieß es nun, dass in einem ordentlichen Sozialstaat wie dem unseren so böse Kräfte am Werk sind?« (Enzensberger 2005) Freilich legte sich die Aufregung rasch und die Frage nach der Regulierung der Finanzmärkte und der seiner Akteure (Fonds etc.) ist nach wie vor ein ungelöstes Problem. Der Spott von Enzensberger u.a. über den Sturm im Wasserglas ist nachvollziehbar, aber keine Antwort auf die Frage, warum eine seit geraumer Zeit geführte Kritik am modernen Kapitalismus urplötzlich großen Nachrichtenwert hat und mit der Veralltäglichen dem üblichen Bedeutungsverlust verfällt. In der linken Volkspartei jedenfalls existiert überhaupt keine wie auch immer umstrittene Zeitdiagnose und Gesellschaftstheorie mehr, sodass aus vielen alltäglichen vermeintlichen Zwangszusammenhängen eine Politik der Vollendung des Übergangs zu einen deregulierten Kapitalismus hervorwächst.

Bemerkenswert ist der Vorgang der Zerstörung des regulierten Kapitalismus durch die Sozialdemokratie und Mitte-Links-Regierungen auch unter dem ideologietheoretischen Aspekt, der aufzeigt, dass die kapitalistischen Hauptländer mit der Politik der Deregulierung oder »Entbettung des kapitalistischen Verwertungsprozesses und Marktes im 20. Jahrhundert« äußerst schlechte Erfahrungen gemacht haben. Karl Polanyi resümierte bereits in den 1970er Jahren seine Untersuchungen zur großen Transformation der europäischen kapitalistischen Gesellschaften, die im ersten Drittel in einem faschistischen Zivilisationsbruch mündeten: »Die Zivilisation des 19. Jahrhunderts wurde nicht durch äußere oder innere Angriffe von Barbaren zer-

stört; ihre Lebenskraft wurde nicht durch die Verheerungen des Ersten Weltkriegs und auch nicht durch die Revolution eines sozialistischen Proletariats oder eines faschistischen Kleinbürgertums geschwächt. Sie scheiterte nicht am Ergebnis irgendwelcher angeblicher ökonomischer Gesetze; wie fallende Profitrate oder Unterkonsumtion oder Überproduktion. Sie zerfiel als Folge einer ganz anderen Reihe von Ursachen: den Maßnahmen, die die Gesellschaft traf, um nicht ihrerseits durch die Auswirkungen des selbstregulierenden Marktes vernichtet zu werden.« (Polanyi 1978: 329) Die ökonomischen Gesetze wie fallende Profitrate oder Überakkumulation sind nicht die Gründe für den Prozess der Selbstzerstörung der kapitalistischen Gesellschaft, aber sie sind wichtige Faktoren, um die Entstehung und gesellschaftliche Akzeptanz der Utopie einer Eigentümergesellschaft oder des selbstregulierenden Marktes verstehen zu können.

Polanyi rückt die Hochfinanz in das Zentrum seiner Interpretation der Gesellschaftsgeschichte des Kapitalismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert. »Die Hochfinanz, eine für das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts charakteristische Institution sui generis, fungierte in diesem Zeitraum als wichtigstes Bindeglied zwischen der politischen und wirtschaftlichen Struktur der Welt.« (Ebd.: 28) Heute haben wir es mit einer relativen Verselbständigung des Leihkapitals – d.h. einer Akkumulation der Eigentums- und Besitztitel auf künftig zu produzierenden Reichtum – zu tun. Auch diese beschleunigte Geldkapitalakkumulation erzeugt eine Utopie der Eigentümergesellschaft, und diese läuft auf eine Selbstzerstörung der entwickelten bürgerlichen Gesellschaft hinaus.

Die unter den Imperativen der Finanzmärkte erzwungene Konzentration auf das Kerngeschäft, betriebswirtschaftliche Dezentralisierung und Verminderung der Fertigungstiefen, bringt kein neues zukunftsfähiges Produktionsmodell hervor. An sich sind die Bausteine eines leistungsfähigeren Modells vorhanden; dessen wert- und mehrwertschaffendes Potenzial wäre in der Lage, sowohl den Lebensstandard der eigentlichen Reichtumsproduzenten (der eigentumslosen Lohnabhängigen) zu gewährleisten als auch die verschiedenen Ansprüche über Kapital- und Vermögenseinkommen zu bedienen. Die beschleunigte Akkumulation des Geldkapitals behindert jedoch die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Reproduktions- und Kapitalverwertungsprozesses – auch hier ist die Konsequenz eine schrittweise Selbstzerstörung der Gesellschaften.

Die im Nachfolgenden entwickelte Interpretation soll die Zerstörungspotenziale des Finanzmarktkapitalismus aufspüren und eine alternative Entwicklungsrichtung deutlich machen. Die Umkehrung des Prozesses der Selbstzerstörung rückt dann in den Bereich des Realisierbaren, wenn der

Ursprungsmythos von der freien Marktwirtschaft durchschaut und die These von einer Kapitalknappheit zurückgewiesen wird; die hochentwickelten Gesellschaften verfügen über die Bedingungen, ohne beständige Furcht vor einer Mangelsituation eine andere Organisation gesellschaftlicher Arbeit etablieren zu können. Ohne Einsicht in die Bewegungsgesetze des Kapitals und ohne Verständnis der vermeintlichen Regelverletzung durch die Vorherrschaft des Finanzkapitals lässt sich jedoch keine politische Alternative durchsetzen.

In den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurde auf Basis einer Liberalisierung des Kapitalverkehrs und einer starken Expansion der Finanzmärkte der Shareholder value zur dominierenden Unternehmensphilosophie der Kapitalgesellschaften. Aus den Betrieben werden überdurchschnittliche Gewinne herausgepresst – zum Nachteil der Beschäftigten, zum Nachteil der Lieferanten und Kooperationspartner und zum Nachteil der Innovationspotenziale, gerade auch durch eine Rekommodifizierung des lebendigen Arbeitsvermögens. Eine solche Unternehmenspolitik liefert dem Bereich der Kapitalgesellschaften auf kürzere Sicht durchaus Impulse und stützt zunächst die Shareholder-Orientierung. Auf mittlere Sicht lässt sich diese Verschlangung der Unternehmenssubstanz nicht durchhalten.

Der Rückschlag der unter dem Imperativ des Shareholder value veränderten betrieblichen Wertschöpfungsprozesse auf die Makroökonomie zeigt sich zum einen in höherer Volatilität der Finanzmärkte, Rückkehr der Finanzkrisen, hohem Niveau von Unternehmenszusammenbrüchen über den gesamten ökonomischen Zyklus und der Verdichtung deflationärer Tendenzen. Die zeitweilige Steigerung der Aktienwerte ist Ausdruck der Tatsache, dass keine nachhaltige Wertschöpfung implementiert wurde. Durch massiven Aufkauf von und Fusionierung mit anderen Unternehmen ist die strukturelle Verschlangung der Wertschöpfung (mit der Konzentration auf die Kernkompetenz) nicht zu kompensieren.

Oskar Lafontaine, langjähriger SPD-Vorsitzender, hat im Unterschied zu seiner früheren Partei eine Reihe konkreter Vorschläge entwickelt, wie gegen die Herrschaft der Finanzmärkte und das Shareholder-value-Regime vorzugehen wäre. Seine Grundüberlegung: Die beständige Erhöhung der Eigenkapitalrenditen muss letztlich durch Drücken der Löhne gegenfinanziert werden. Daher kommen die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus der Abschwächung ihrer wirtschaftlichen Wachstumsraten, zugespitzten Verteilungauseinandersetzungen um diese Zuwächse und der Tendenz zur kontinuierlichen Verschärfung von sozialen Gegensätzen und gesellschaftlicher Ausgrenzung nur heraus, wenn durch eine neue Form von Regulation die Vermachtung der Finanzmärkte zurückgedrängt oder letzt-

lich aufgehoben wird. Positiv gefasst heißt dies: Die Arbeitskraft darf im entwickelten Kapitalismus nicht auf einen Warencharakter reduziert und den Ansprüchen des Geldkapitals untergeordnet werden.

Der krasseste Ausdruck des aktuellen Konfliktes zwischen den Ansprüchen des Geldkapitals und der Lohnarbeit, d.h. die Konflikte über Betriebsstilllegungen wegen unzureichender Eigenkapitalrenditen, macht es erforderlich, eine Demokratisierung der Entscheidungen durchzusetzen. Für die Linkspartei umreißt Lafontaine daher zwei wichtige Interventionsfelder:

1. »Solche Entscheidungen wie Betriebsschließung dürfen nicht mehr getroffen werden ohne Belegschaftsabstimmungen. Diese müssen dann, wenn der Betrieb Erträge abwirft, verbindlich sein und dürfen nicht einfach von der Konzernzentrale wieder annulliert werden können. Das wäre Mitbestimmung und Mitwirkung der Beschäftigten in Deutschland... Hier in Deutschland, aber auch in Gesamteuropa muss dieser Irrsinn des Turbokapitalismus durchbrochen werden, der dazu führt, dass Manager sich bereichern, weil sie Aktienoptionen haben und daran verdienen, wenn sie Entlassungen ankündigen oder Personalabbau, wie heute wieder bei Daimler-Chrysler. Das muss verboten werden. Es darf nicht sein, dass Manager sich bereichern, wenn sie Personal abbauen und Arbeitsplätze vernichten.

2. Der Irrsinn der spekulierenden Fonds, dieses Krebsgeschwür des Finanzkapitalismus, muss durch Regeln eingeengt werden, ja in seiner Wirkung gebrochen werden. Die Linke hat im Bundestag die Heuschrecken-Debatte meiner ehemaligen Partei, der SPD, ernst genommen. Wir haben einen Antrag eingebracht, dass die so genannten Hedgefonds, also die Fonds dieser Heuschrecken, in Deutschland nicht tätig werden dürfen. Das sind Leute, die kommen in einen Betrieb, leihen sich viel Geld, um das Kapital aufzubringen und bringen selbst wenig Kapital mit. Sie lassen sich die Zinsen von der Belegschaft bezahlen, pressen diese aus, und nach ein paar Jahren verkloppen sie diesen Betrieb wieder mit hohem Profit. Das muss aufhören, die Heuschreckenfonds sind in Deutschland zu verbieten. Aktuell besteht in Deutschland ein Geldvermögen von ... über 4.000 Milliarden Euro. Davon besitzt eine ganz, ganz kleine Oberschicht über 2.000 Milliarden Euro – also mehr als die Hälfte. Wenn man sie mit nur 5% besteuern würde, hätte man 100 Milliarden Euro pro Jahr an Steuermitteln. Warum also greift man dem Volk immer mehr in die Tasche und traut sich nicht mehr, die Reichen endlich mal anzugehen in unserer Republik?« (Lafontaine 2006)

Diese Antworten auf den neoliberalen Gesellschaftsumbau zeigen in die richtige Richtung. Ein breites gesellschaftliches Bündnis gegen den Neoliberalismus muss zunächst den Widerstand gegen die Deregulierung, Priva-

tisierung und fortgesetzte Umschichtung der finanziellen Belastungen zu den privaten Haushalten stärken. Ein Durchbrechen der sozial-ökonomischen Abwärtsspirale wäre dann gegeben, wenn die Politik der Verstärkung des Warencharakters der Arbeitskraft blockiert und der Übergang zu einer expansiven Lohnpolitik durchgesetzt werden kann. Schließlich wird eine Gegenkraft zum Neoliberalismus eine tragfähige Absicherung der Millionen Menschen in der Beschäftigungslosigkeit und in prekären Arbeitsverhältnissen einschließen. Die Finanzierung der Ausweitung von öffentlichen Investitionen und der höheren Aufwendungen für soziale Sicherheit unterstellt eine effektive Besteuerung von Gewinn- und Vermögenserträgen sowie deren Substanz. Ohne eine konfiskatorische Vermögens- und Erbschaftssteuer ist das Übergewicht des Finanzkapitals nicht aufzuheben. Letztlich bedarf diese Alternative eines breiten Verständnisses von einer umfassend demokratischen Gesellschaft.

Die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften befinden sich mit der Shareholder value-Orientierung in einem sich beschleunigenden Umbauprozess. Michel Rocard stellt zu Recht fest: »Ein System mit derartigen Regeln ist anfällig für soziale Konflikte und vielleicht auch für Gewalt. Vor allem ist ein solches System langfristig weder lebensfähig noch nachhaltig. Aus diesem Grund ist es gefährlich, an einem überholten Rechtskonzept festzuhalten, wonach ein Unternehmen nur seinen Eigentümern oder Aktionären gehört. In Wirklichkeit ist ein Unternehmen die Gemeinschaft von Männern und Frauen, die ihr Einkommen aus demselben ökonomischen und technischen Projekt beziehen. Es wäre klug, das Gesetz diesen Tatsachen anzupassen und den Mitarbeitern ein Mitspracherecht einzuräumen, wenn es um Entscheidungen geht, die ihr Schicksal betreffen.« (Rocard 2006)

Letztlich läuft die Logik des Vermögenskapitalismus darauf hinaus, dass sich die Aktionäre oder Eigentümer von Wertpapieren und Besitztiteln den gesamten Nettoertrag der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft aneignen. Ein solches System ist in der Tat nicht zukunftsfähig, weil es die sozialen Konflikte dramatisch zuspitzt. Ob allerdings soviel politische Klugheit existiert, der Tatsache zur Anerkennung zu verhelfen, dass der gesellschaftliche Wertschöpfungs- und Verwertungsprozess auf der Verausgabung lebendiger Arbeit basiert und daher die Verteilungsverhältnisse so zu regeln sind, dass sich eben nicht die Shareholder den Großteil des Nettoertrags aneignen, darf bezweifelt werden. Ich werde im Folgenden der Frage nachgehen, wie sich die Vorherrschaft der Shareholder und des vermögensgetriebenen Kapitalismus herausgebildet hat, welche Probleme damit verbunden sind und welche Alternativen angestrebt werden können.